

## Ratsreport – Dezember 2025

### Haushalt 2026: Grün-Rot muss Farbe bekennen



Suchen noch nach dem Schlüssel für den Haushalt 2026: Grüne und SPD haben bisher keinen Entwurf vorgelegt.  
Bild: Pixabay

Fehlende haushaltspolitische Verantwortung in turbulenten Zeiten: Den Vorwurf muss sich die grün-rote Ratsmehrheit in Oldenburg nun endgültig gefallen lassen. Denn zur geplanten Haushaltssitzung am 15. Dezember haben SPD und Grüne keinen eigenen Entwurf vorgelegt, obwohl ein stabiler Haushalt für Planungssicherheit und effizientes Handeln entscheidend ist.

1

„Das bisherige Mehrheitsbündnis zeigt zum Ende der Ratsperiode immer tiefere Risse. Die lassen sich gerade im Hinblick auf anstehende

Großprojekte wie Stadionbau oder Fliegerhorststraße kaum noch kitten“, sagt der CDU-Fraktionsvorsitzende Christoph Baak: „Man ist sich nicht mehr grün, daher stehen die Signale für die gesamte Stadt auf Rot und somit auf Blockade.“

Statt jedoch Mehrheiten mit anderen Fraktionen zu suchen, wurde vertagt und verzögert. „Mit uns jedenfalls hat bisher keine der beiden Fraktionen über den Haushalt und mögliche Lösungen gesprochen“, kritisiert die CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Esther Niewerth-Baumann die mangelnde Gesprächsbereitschaft.

Diese Hinhaltetaktik gehe zudem auf Kosten Dritter. „Leidtragende sind vor allem die zahlreichen Empfänger von Dritt- und Fördermitteln, da sich die Auszahlung der Gelder erheblich verzögert, wenn der Haushalt erst mit fünfwöchiger Verspätung im Januar beschlossen wird. Die notwendige Planungssicherheit für diese Institutionen ist somit nicht gegeben“, betont Niewerth-Baumann: „In Zeiten klammer Kassen ist allerdings kein Platz für politische Spielchen.“

### Grundsteuer – Erhöhung abgelehnt

Fast einstimmig sprach sich der Rat jedoch gegen die von der Verwaltung ins Gespräch gebrachte Erhöhung der Grundsteuer aus. Damit sollte in einem ersten Schritt das Aufkommensdefizit nach der Reform im Vorjahr ausgeglichen werden. „Als Begründung für

eine weitere Anhebung die vor Jahren abgeschafften Straßenausbaubeiträge heranzuziehen, ist allerdings nicht redlich“, adressierte Baak im Rat Richtung Verwaltung: „Oldenburg hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem.“

### **Haushalt im Januar**

Nach der Vertagung im Dezember soll der Haushalt in einer Sondersitzung am 19. Januar 2026 mit fünfwöchiger Verspätung verabschiedet werden. Die CDU-Fraktion hat ihre Änderungslisten bereits abgegeben und dabei die notwendige Haushaltsdisziplin an den Tag gelegt.

## **Baumschutzsatzung: Bürger haben am 22. Februar das Wort**



Nötig waren 10.138 Unterschriften, 13.068 sind es geworden: Erfreut blickten die Initiatoren des Bürgerbegehrens gegen die Baumschutzsatzung Mitte Oktober auf die vielen Listen im eigens eingerichteten Postfach. Denn das Ergebnis war eindeutig. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger lehnen die im Juni gegen die Stimmen der CDU-Fraktion beschlossene Satzung offenbar ab. In wenigen Wochen haben die Oldenburger schließlich das Wort: beim Bürgerentscheid am 22. Februar.

Wenn die Mehrheit sich dagegen ausspricht – mindestens aber ein Fünftel aller Wahlberechtigten (27.035) –, ist die Satzung nach wenigen Monaten bereits Geschichte. Wie schon ihre Vorgängerin aus dem Jahr 1997, die ebenfalls per Bürgerentscheid gekippt wurde. „Wir freuen uns über die erfolgreiche Initiative. Am 22. Februar entscheiden die Bürgerinnen und Bürger“, sagt Barbara Woltmann, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion. Die CDU hält die bürokratische und übergriffige Satzung nach wie vor für einen Fehler und wirbt daher für die Abschaffung. „Baumschutz ohne Satzung“ lautet die Devise.

## **„Bau-Turbo“ soll auch in Oldenburg zünden**

Bauen in Deutschland kann dauern und ist mit hohen Auflagen verbunden. Von der Planung, über die Genehmigung bis zur Fertigstellung vergehen oft Jahre. Neuen Schwung soll der sogenannten Bau-Turbo bringen. Gemeint ist das Bundesgesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus. Die Möglichkeit, schnell und unbürokratisch zu bauen, klingt auch für Oldenburg verlockend. Aus diesem Grund hat der Rat in seiner Dezember-Sitzung einen Grundsatzbeschluss für die Anwendung auf städtischem Gebiet gefasst.

„Wir werden damit unsere Standards nicht verwässern, können aber mit vereinfachten Genehmigungen schneller bauen und dringend benötigten Wohnraum schaffen“, begründet

der baupolitische Sprecher der Fraktion, Olaf Klaukien, die Zustimmung der Fraktion. Die CDU hat sich zudem erfolgreich für zwei Änderungen gegenüber der Verwaltungsvorlage eingesetzt.



Bauen soll künftig auch in Oldenburg wieder schneller vorangehen.  
Bild: Pixabay

Zum einen erhält die Politik nun mehr Mitsprache bei Entscheidungen zur Einfügung von Wohnbebauung in Bereichen ohne Bebauungsplan, zum anderen verhinderte die Fraktion eine weitere Verschärfung bei der Anwendung der Sozialquote zur Schaffung günstigen Wohnraums. „Wenn die Auflagen in diesem Bereich noch höhergeschraubt werden, kann der Bau-Turbo zur Bremse für Investoren werden und damit sein Ziel verfehlen“, warnt Klaukien vor unbeabsichtigten Folgen.

### Sozialquote im Blick behalten

Für ein Abweichen von der bestehenden Sozialquote hat sich der Rat hingegen beim Bebauungsplan für das ehemalige Diakoniegelände am Schützenweg und beim früheren Offizierskasino auf dem Fliegerhorst ausgesprochen. „Es ist richtig, Lockerungen zuzulassen, damit überhaupt gebaut wird“, begründet Klaukien und schlägt vor, Kriterien für zulässige Ausnahmen bei künftigen Bauprojekten festzulegen.

### Tempo 30 kritisch beobachten



Tempo 30 gilt seit Mitte Dezember auch auf einem größeren Abschnitt der Alexanderstraße. Bild: Bloch

30 statt 50: Diese „Formel“ müssen Autofahrer seit Mitte Dezember auf den städtischen Hauptverkehrsstraßen im (7.) Sinn haben. Denn nach einem Jahr Vorlauf wurden längere Abschnitte nun zu Tempo-30-Zonen deklariert – im Zuge der Fortschreibung des Lärmaktionsplans. Den Beschluss hatte die CDU-Fraktion seinerzeit abgelehnt. „Bei allem berechtigten Verständnis für Lärmschutz bezweifeln wir nach wie vor, dass diese Maßnahme zum Ziel führt“, befürchtet der Fraktionsvorsitzende Christoph Baak mehr Nach-

als Vorteile. Bei kaum wahrnehmbarer Geräuschreduzierung stehe zu befürchten, dass Pendler und Innenstadtbesucher auf den Hauptachsen ausgebremst werden. Auch die VWG musste ihre Fahrpläne anpassen. „Wir werden das Experiment in den kommenden Monaten kritisch beobachten“, kündigt Baak an.



*Die CDU-Fraktion wünscht frohe und  
besinnliche Weihnachten und einen guten  
Start in ein hoffentlich  
erfolgreiches Wahljahr 2026*